

VERTRAULICH
CONFIDENTIEL

- 1 -

p.B.58.0.13 - GUL/MAP

Bern, 23. Juli 1990

Regionale Botschafterkonferenz Europa in Gerzensee vom 22./23. Juni 1990.

Zusammenfassung der Stellungnahmen zum Diskussionspapier "Europa und die Schweiz"

Allgemeine Bemerkungen

Gesamteuropa: Angesichts der grundsätzlich neuen Lage in Europa erhält die Schaffung paneuropäischer Strukturen eine erhöhte Bedeutung.

Die neuen Beziehungen mit der Region müssen von der Ueberzeugung geleitet werden, dass je früher eine Integration der Länder Ost- und Mitteleuropas in Gesamteuropa gelingt, umso grundlegender historisch gewachsene Konfliktlinien überwunden werden können. Dabei ist die Sowjetunion in diese Ordnung einzubinden, und in jedem Fall ihre Isolierung zu vermeiden.

Neue Gefahrenpotentiale: Eines der Hauptprobleme ist, dass durch innere und regionale Konflikte oder durch eine Verschärfung der Wirtschaftskrise im Osten grosse Flüchtlingsströme hervorgerufen werden können. Der Flüchtlingsdruck könnte sich gerade auch in südeuropäischen Ländern durch Konflikte im arabischen Raum (Fundamentalismus) verschärfen. Solche Flüchtlingsströme müssten sich auch auf die Schweiz auswirken.

Stellung der Neutralen: Auffallend ist, dass mit dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation in den N+N-Staaten Anzeichen einer gewissen (ausserpolitischen) Orientierungslosigkeit zu erkennen sind, welche nach neuen Standortbestimmungen rufen; in diesem Sinne gibt es beispielsweise gewisse Aehnlichkeit zwischen Jugoslawien, Schweden, der Schweiz und Oesterreich. In Oesterreich

- 2 -

ist mit dem Beitritts-gesuch zur EG eine Neuorientierung am weitesten gediehen. Andernorts muss die Suche nach einer neuen Rolle in einem veränderten Europa erst noch erfolgen.

I. Analyse der politischen Entwicklungen

1. Sowjetunion

In der Sowjetunion herrscht heute, angesichts der tiefen und vielschichtigen Krise, eine allgemeine Ratlosigkeit. Gorbatschow geniesst kaum Unterstützung in der Bevölkerung, es fehlt ihm zudem die demokratische Legitimation; sollte er mit seiner gross-russischen Politik fortfahren, ist ihm die völlige Isolierung sicher. Diese ernüchternde Analyse darf nicht vergessen lassen, dass die sowjetische Gesellschaft von einer tiefgreifenden Bewegung zugunsten von Veränderungen erfasst wird. Die grössten Städte befinden sich unter der Kontrolle der Reformer, deren Anhang sich in jüngster Zeit beträchtlich vergrössert hat; der Unmut über die Privilegien der Nomenklatura wächst. Das ganze Land wird von einer eigentlichen Europa-Euphorie erfasst. Die Oeffnung gegenüber Europa geht einher mit einem Erstarren der Kirche; sichtbarstes Zeichen dieser Entwicklung ist die Normalisierung zwischen Moskau und dem Vatikan; letzterer unterstützt die Bemühungen um eine Stabilisierung der Lage in der Sowjetunion.

Die Konzentration des internationalen Interesses auf die bal-tischen Staaten darf die Sprengkraft grenzüberschreitender Zusammengehörigkeitsgefühle der Turkvölker nicht vergessen lassen. Davon ist nicht nur die Sowjetunion betroffen. Auffallend ist, wie neben der westlich-laizistischen Oberschicht in der Türkei die pantürkischen Tendenzen bei der Bevölkerung erstarren.

Die Krisensymptome sollten nicht dazu führen, die Schwäche der Sowjetunion, welche militärische Supermacht bleibt, zu überschätzen; der Rückzug aus Zentraleuropa hat tendentiell zu einer Konzentration militärischer Kräfte im Norden geführt. Sorge bereitet einigen Stellen bereits das Post-Gorbatschow Russland,

über dessen innen- und aussenpolitische Orientierung wenig Klarheit herrscht.

Beim Aufbau gesamteuropäischer Strukturen gilt es bezüglich der Sowjetunion zwei Aspekte zu beachten: zum einen müssen ihre Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden, zum andern muss schon heute ein Auffangbecken für künftig unabhängige, "Sowjet"-republiken geschaffen werden. Die Respektierung sowjetischer Sicherheitsinteressen geht heute so weit, dass Moskau in der Position der Schwäche mehr erreicht als früher. Dem "geldgierigen Rückzug der Sowjetunion aus Ostmitteleuropa" entspricht eine amerikanische Politik, welche auf drei Grundsätzen beruht:

- Angesichts des Endes des sowjetischen Imperiums sollen die Fehler nicht wiederholt werden, welche in Versailles gegenüber dem besiegten Deutschland gemacht wurden.
- Es gelte in erster Linie, Gorbatschow zu unterstützen, weil dieser primär für die Öffnung der sowjetischen Politik verantwortlich ist.
- Die USA sollten sich angesichts der heutigen Situation für Europa interessieren und nicht in einen Isolationismus zurückfallen wie in der Zwischenkriegszeit.

2. Ostmitteleuropa

Die ostmitteleuropäischen Staaten stellen keine Einheit dar. Grosse Unterschiede bestehen insbesondere zwischen Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei einerseits, Rumänien und Bulgarien andererseits. Während diese Tatsache für die einen die Priorität der schweizerischen Hilfe zugunsten der ersten Gruppe rechtfertigt, warnen andere davor, die zweite Gruppe einfach abzuschreiben. Die Unterstützung zugunsten ostmitteleuropäischer Länder müsste die objektiven Schwierigkeiten dieser Länder, die alten Strukturen abzuschütteln, in Rechnung stellen. Man müsste folglich auch dort, wo die Schwierigkeiten grösser sind, zur Stärkung der neuen Strukturen beitragen. Unabhängig vom Grad des Reformprozesses stehen alle ostmitteleuropäischen Länder vor dem gleichen Problem; sie geben ihren Rückhalt bei der östlichen Supermacht auf und suchen Kontakt zum Westen. Dort, wo die Trennlinie

zwischen westlich-christlicher und islamisch-osmanischer Tradition durch die entsprechenden Länder führt, wie in Jugolawien, Albanien und Bulgarien, kommt dem Anschluss an Europa auch längerfristig eine grosse Bedeutung zu. Eine Vernachlässigung dieser Staaten würde gewisse Gebiete längerfristig ins Lager des islamischen Fundamentalismus führen.

Was in Ostmitteleuropa an Freiheit gewonnen wurde, ging an Stabilität verloren. Konflikte innerhalb und zwischen osteuropäischen Staaten stellen eine der zentralen und neuen Herausforderungen für Europa als Ganzes dar. Die Schaffung gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen ist daher ebenso dringend wie ein schneller Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung Westeuropas.

Auffallend ist die gewandelte Haltung Oesterreichs gegenüber den Mitteleuropa-Konzeptionen: als diese blossen Wunschvorstellungen entsprachen, bildeten sie einen wichtigen Bestandteil des oesterreichischen aussenpolitischen Denkens; heute wo die Vision Realität werden könnte, wendet sich Oesterreich betont Westeuropa zu.

3. Deutschland

In Deutschland herrscht heute verbreitet die Auffassung, die Vereinigung sei in erster Linie Gorbatschow zu verdanken; demgegenüber gilt es festzuhalten, dass auch jede andere sowjetische Führungspersönlichkeit nichts gegen die Entwicklung seit Ende 1989 hätte unternehmen können. Die Alliierten hätten zwar die Vereinigung hinauszögern können, mindestens die westlichen Alliierten wollten dies aber nicht. Dafür gab es drei Gründe: sie hegten keinen Verdacht auf einen deutschen Nationalismus und hatten die doppelte Gewissheit einer EG-, respektive einer NATO Integration Deutschlands. Letzteres ist sicher die schwächste Gewissheit: während Kohl ein überzeugter Anhänger der NATO-Integration ist, betrachtet Genscher diese nur als Uebergangsetappe; nicht zu unterschätzen sind sodann die pazifistischen Strömungen in der DDR, welche jegliche Bündniszugehörigkeit in Frage stellen. Klar geht aus dem bisherigen Prozess hervor, dass die Vereinigung nicht nationalistisch motiviert ist, sondern gegen die Diktatur und auf die Schaffung einer Wohlstandsgesellschaft hin

gerichtet ist. Die Verwirklichung der WWU hat eine irreversible Situation geschaffen, wenn auch die Realisierung der Vereinigung noch auf manche Schwierigkeit stossen mag. Die DDR existiert schon heute faktisch nicht mehr; zwar nimmt sie noch an den 2+4 Gesprächen teil, zu sagen hat sie aber wenig. Mit dem Verzicht auf die Rechte der Siegermächte wird ein wichtiges Kapitel der Nachkriegsgeschichte abgeschlossen, da damit die letzten rechtliche Garantien für eine negative Entwicklung in Deutschland entfallen.

Die Vereinigung verändert das Gewicht Deutschlands objektiv nicht unmittelbar; schon heute ist jedoch eine veränderte Haltung gegenüber dem Ausland erkennbar. Längerfristig könnte eine Verschiebung des Zentrums Deutschlands um 300 Kilometer nach Osten zu einer aussenpolitischen Prioritätenumkehr führen; Hauptstossrichtung deutscher Politik ist Osteuropa - zuerst die DDR, dann die Tschechoslowakei und Ungarn, dann Polen und schliesslich die Sowjetunion. Die Aufmerksamkeit gegenüber westlichen Interessen könnte dementsprechend abnehmen. Die Schweiz spürt schon heute von deutscher Seite eine sinkende Bereitschaft, auf ihre Anliegen einzugehen.

4. Präsenz der USA in Europa

In den Augen der USA, hat Amerika den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion gewonnen. Diese Feststellung hat einen Einfluss auf die Stellung der USA und ihre Präsenz in Europa sowie auf jene Institutionen, die sie gemeinsam mit ihren Alliierten aufgebaut haben. Der Wille, in Europa zu bleiben, kommt insbesondere in den Bestrebungen, die NATO zu erhalten und im Hinblick auf neue Herausforderungen anzupassen, zum Ausdruck.

In gewissen ostmitteleuropäischen Staaten (Ungarn, Polen, Tschechoslowakei) dominiert die Meinung, dass in erster Linie die Europäer und damit die EG eine Schlüsselrolle in einem künftigen Europa einnehmen muss.

Bedeutend scheint im Zusammenhang mit der Frage der Präsenz der USA auch die Unterscheidung zwischen Sicherheitspolitik und Verteidigungspolitik. Während verteidigungspolitisch die Präsenz

- 6 -

der USA weiterhin allgemein als unerlässlich erachtet wird (Nuklearschirm), kann man sich in sicherheitspolitischen Fragen sehr wohl eine engere Zusammenarbeit allein unter Europäern vorstellen.

Nicht nur die USA, auch Kanada hat den Willen, in Europa zu bleiben und sich eigenständig auf dem europäischen Kontinent zu engagieren. Zirka 1/6 der kanadischen Bevölkerung stammt aus Osteuropa, was auch in Zukunft engen Beziehungen förderlich sein wird.

II. DIE NEUE EUROPÄISCHE ARCHITEKTUR

1. NATO-WAPA

NATO: Das Interesse am Fortbestand der NATO wird von allen 16 Mitgliederstaaten getragen. Die NATO behält ihre Bedeutung als Subjekt der Abrüstungsverhandlung und als Gegengewicht zur sowjetischen Militärmacht. Sie stellt einen Stabilitätsfaktor gegenüber der Gefahr wachsender Labilität im Osten dar. Ihre militärische Funktion ist grundsätzlich unbestritten, besonders zur Garantie des Nuklearschildes; mit dem faktischen Wegfall des WAPA wird die frühere Bedrohung jedoch relativiert. Zur Diskussion steht hingegen eine Revision der Organisation mit dem Ziel einer internen Lastenumverteilung, allenfalls in Richtung auf ein Forum für die politische Diskussion. Einigkeit besteht darin, dass die NATO nicht im Bereich der Drogen- und Terrorismusbekämpfung aktiv werden soll.

Der Fortbestand der NATO verhindert Tendenzen in Richtung auf eine verstärkte Bedeutung nationaler Armeen. Diesbezüglich bestehen Befürchtungen hinsichtlich eines vereinigten Deutschlands. Einigkeit herrscht unter den Mitgliedstaaten auch darin, dass das vereinigte Deutschland Vollmitglied der NATO bleiben soll. Zugeständnisse an Moskau sind vor allem bezüglich des dafür zu bezahlenden Preises zu erwarten, sowohl seitens der USA (vgl. das 9 Punkte-Programm von Baker) als auch seitens der BRD in der Wirt-

schaftshilfe. Eine deutsche NATO-Mitgliedschaft wird allenfalls von Regierungskreisen und von der Bevölkerung der DDR in Frage gestellt, wo militärkritische Kirchenvertreter in hohe Regierungsämter aufgerückt sind.

Eine Uebertragung militärischer Funktionen von der NATO auf die EG ist mittelfristig nicht zu erwarten, weil dadurch eine Annäherung früherer osteuropäischer Satellitenstaaten an die EG erschwert würde und die Gefahr der militärischen Isolierung der Sowjetunion entstünde. Die EG-Staaten sind sich einig, dass die NATO aufrecht erhalten werden muss. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die EG nicht langfristig im Zuge einer Politischen Union auch veteidigungspolitische Aufgaben übernehmen könnte.

WAPA: Die existentielle Schwächung der Organisation liegt einerseits in der Krise der Roten Armee, die kaum in die sowjetische Innenpolitik eingreifen wird und sich - trotz bleibender Erstschlagkapazität - noch weniger auf aggressive äussere Abenteuer einlassen dürfte. Andererseits fehlt die Unterstützung früherer Mitglieder. Ungarn zieht sich aus der Allianz zurück. Polen würde allenfalls noch - gegen Bezahlung - die Stationierung sowjetischer Logistiktruppen akzeptieren und sucht sich von der Allianz in eine neutrale Position abzusetzen. Am ehesten ist Bulgarien noch für die Erhaltung des WAPA zu gewinnen.

2. KSZE

In der heute von Prag aufgenommenen Idee einer Institutionalisierung der KSZE setzt sich die ursprüngliche Haltung der Osteuropäer in der Anfangszeit der KSZE fort. Damals trat der Westen für eine einmalige Konferenz ein, die Oststaaten für die Institutionalisierung und die N+N-Staaten konnten als Kompromiss einen nicht institutionalisierten Verhandlungsprozess durchsetzen. Durch die Umwälzung in Europa erhalten alte osteuropäische Vorschläge - die Institutionalisierung öder die sowjetische Idee eines Nichtangriffpaktes - einen neuen realistischeren Gehalt. Aus der Sicht der USA stellt die EDA-Position ein gangbarer Weg dar, weil eine weitergehende Institutionalisierung vom Senat

- 8 -

nicht akzeptiert würde (Reminiszenz des verweigerten Völkerbundbeitritts). - Hinsichtlich der Schaffung eines Sekretariats soll von der Schweiz vorgeschlagen werden, dass dieses nach dem alt-eidgenössischen Vorortprinzip unter den Teilnehmerstaaten je nach Aufgabe rotieren soll.

Die Ueberwindung des Blockantagonismus hat die Blockfreien ihrer Bedeutung auch in der KSZE beraubt. Die N+N-Ehe hat abgewirtschaftet. Als neue Gruppierung bietet sich eine Zusammenarbeit zwischen den Neutralen und den früheren osteuropäischen Satellitenstaaten an (vgl. Vorschlag einer diesbezüglichen Konferenz in Kap. IV.). - In der CSFR hat die KSZE eine besondere Bedeutung, weil für verschiedene frühere Charta-77-Aktivisten, die heute hohe Regierungsämter bekleiden, die KSZE zur Zeit ihrer Verfolgung eine wichtige Rolle spielte.

Die Schweiz wird im Hinblick auf die Konferenz von La Valetta (15.1.-8.2.1991) ihre Bemühungen im Bereich der friedlichen Streitbeilegungen aktivieren. Ein schweizerisches Arbeitspapier wird bis im Herbst den meisten KSZE-Hauptstädten unterbreitet. In einer künftigen Vereinbarung muss die friedliche Streitbeilegung nicht unbedingt einen rechtlich bindenden Charakter haben. Die angestrebte Methode könnte auch - wie alle bisherigen KSZE-Vereinbarungen - auf einer politischen Verpflichtung beruhen, um sich leichter in die neue europäische Architektur einzufügen. Wichtig dabei ist aber, dass nach einem allfälligen Scheitern der Verhandlungen in einem Streitfall beide Parteien das Recht haben, eine Intervention von dritter Seite zu verlangen - in Form eines Schiedsgerichts oder eines Schlichtungsverfahrens. Einige KSZE-Länder sollen in den nächsten Monaten an der Redaktion eines breiter abgestimmten Vorschlages beteiligt werden, der dann als Basis für die Diskussion in La Valetta dienen kann. Trotz der allgemeinen politischen Entspannung und der subsidiären Natur der vorgeschlagenen Methoden ist festzuhalten, dass gewisse Staaten weiterhin Vorbehalte gegenüber dem Einlassungszwang (Zwang zum Drittparteiverfahren) hegen.

3. Europarat

Der Europarat wird noch eine längere Zeit ein wichtiger Ansprechpartner, ja sogar ein Aufnahmebecken für die ost- und mitteleuropäischen Staaten sein, die den Anschluss an Europa suchen. Diese Bedeutung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das langfristige Ziel dieser Staaten der EG-Beitritt ist. Dem Europarat kommt aber in gewissen Bereichen mindestens kurz- und mittelfristig die Rolle eines gesamteuropäischen Forums zu. So zeichnet sich eine parlamentarische Ergänzung der KSZE durch den Europarat (Idee Nationalrat Saager, die von der Generalsekretärin unterstützt wird), ab.

Alle osteuropäischen Staaten ausser Albanien und der Sowjetunion haben einen Beitrittsantrag gestellt oder ihren Beitrittswillen bekundet. Die Beitrittsinteressen in der Sowjetunion sind vom Willen der Russen zur Bindung an Europa getragen. Die Annäherung Moskaus erfolgte über den Beitritt zur Kulturkonvention, der von der Schweiz nicht prinzipiell in Frage gestellt worden ist. Wir hatten lediglich die Schaffung der dafür notwendigen Strukturen gefordert. Dänemark hingegen hatte sich diesem Beitritt wegen der sowjetischen Politik im Baltikum widersetzt.

Jeder der neuen Beitrittskandidaten bemüht sich darum, als erster aufgenommen zu werden. Probleme bestehen noch bezüglich der polnischen Kandidatur, weil das polnische Parlament erst im Frühjahr 1991 frei gewählt wird. Für einen Beitritt zum Europarat müssen drei Bedingungen erfüllt sein: Pluralistische Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte (Beitritt zur EMRK samt den Konventionen der Individualbeschwerde und der obligatorischen Gerichtsbarkeit).

4. Die EG und die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa

Die EG hat die Mittel und die Strukturen, um die führende Kraft in der europäischen Neuordnung zu werden. Eine weitere Stärkung der EG liegt auch im Interesse der USA, die die zentrale Rolle der Gemeinschaft in der Vereinigung Europas nicht gerne durch die Herausbildung konzentrischer Kreise abgestufter Integrationsgrade verwässert sehen möchten. Die ost- und mitteleuropäischen Staaten

stellen klare Erwartungen an die neue Führungsrolle der EG, die mit der Aufgabe der Integration dieser Staaten auf eine grosse historische Probe gestellt wird.

Die EG sieht sich heute gleichzeitig mit einer Reihe grosser Aufgaben konfrontiert:

- Die Verwirklichung des Binnenmarktes samt spezifischer Aufgabe im Fiskalbereich und der Aufhebung der Grenzkontrollen (Schengener Abkommen),
- die deutsche Einheit und die Integration des DDR-Gebiets,
- die Wirtschafts- und Währungsunion, für deren Realisierung gute Aussichten bestehen,
- die Vertiefung der Integration (EPZ, grössere Kompetenzen des Parlaments, Ausdehnung der Mehrheitsentscheide),
- die Erweiterung der EG: Oesterreich ist einem Beitritt heute näher als noch vor Monaten, Malta und Zypern werden noch im Sommer den Beitritt beantragen,
- die zunehmende globale Verantwortung, die die EG übernimmt, und
- die weiteren Schritte in Richtung einer Politischen Union.

Die Vertiefung und Erweiterung lassen sich nicht mehr als Alternativen darstellen (zwischen Delors der die Vertiefung anstrebt und London, welches eher eine Erweiterung ohne eine Aufgabe nationaler Souveränität befürwortet). Die Tendenz läuft heute in beide Richtungen.

Angeichts dieser Aufgaben erweisen sich der Oslo-Brüssel-Prozess und die EWR-Verhandlungen lediglich als Nebenschauplatz der Interessen der EG. Der Ministerrat widmete am 17. Juni nur 10 Minuten der Verabschiedung des EWR-Verhandlungsmandates. Die Kommission hat für diese Verhandlungen erst wenige Ressourcen mobilisiert, ihr Interesse ist beschränkt. Der EWR wird sowohl in Brüssel als auch in anderen Hauptstädten (Washington) nur als Uebergangslösung auf dem Weg zur Mitgliedschaft gesehen.

Während ein Beitritt der ost- und mitteleuropäischen Staaten für die EG auch mittelfristig nicht in Frage kommt, besteht ein politisches Interesse - insbesondere in Paris - an einer nahen Bindung der EFTA-Staaten. Auch von daher wäre - nebst einem

gewissen Erfolgszwang, dem die Kommission ausgesetzt ist - ein konkretes Resultat der EWR-Verhandlungen zu erwarten. Das Projekt wird aber überschattet von logischen Widersprüchen zwischen unterschiedlichen Positionen, die höchstens einer politischen Lösung zugeführt werden könnten.

Die EFTA hätte schon im letzten Herbst eine Oeffnung gegenüber den ost- und mitteleuropäischen Staaten einleiten können. Es bestünde die Möglichkeit, die harte Platte der EFTA-Konventionen (ohne den daraus entstehenden "Pudding des EWR") unter drei von den neuen Partnern zu erfüllenden Voraussetzungen fruchtbar zu machen: Handels- und Gewerbefreiheit, Konvertibilität der Währung und Reziprozität der Vereinbarungen.

Ungarn, die CSFR und Polen haben jüngst in Göteborg ihren Willen zur Entwicklung des Freihandels mit der EFTA bekundet. Dabei besteht jedoch der Eindruck, dass diese Staaten die Schwierigkeiten beim Uebergang zu Marktwirtschaft und Freihandel unterschätzen. Sie hegen die Hoffnung, die Zusammenarbeit mit der EFTA (möglicherweise mit einer EWR-Teilnahme) lediglich für eine Uebergangszeit anzustreben, bis sie ihre Wettbewerbsfähigkeit erreicht haben, um dann vom "Sprungbrett" der EFTA aus der EG beizutreten.

Sowohl das GATT als auch die OECD üben eine Anziehungskraft auf die ost- und mitteleuropäischen Staaten aus. Von der OECD werden konkrete Hilfe unter anderem für Consulting-Aufgaben erwartet. Die OECD entwickelt eine bescheidene Finanzhilfe für den Osten, vermeidet dabei aber jede Doppelspurigkeit mit andern Organisationen. Ein Beitritts-gesuch zur OECD ist wahrscheinlich von Ungarn und der CSFR zu erwarten.

III. FOLGERUNGEN FÜR DIE SCHWEIZER POLITIK

1. Gefahr der Isolation:

Die Schweiz war früher ein "saturierter" Staat, der von den andern Staaten nichts verlangte oder erwartete. Dies hat sich

- 12 -

geändert. Die Verteidigung unserer Interessen in internationalen Foren ist bedeutend schwieriger geworden. Die Probleme, die dabei entstehen, sind zum grössten Teil hausgemacht, und unsere Verhandlungspartner haben das auch gemerkt. Die Vertretung unserer zum Teil widersprüchlichen Positionen stösst auf wachsendes Unverständnis und wird von den Grossmächten oft als störender Aktivismus aufgefasst. Die EG vertritt ihre Positionen in zunehmend rigiderer Form besonders gegenüber gut begründeter Gegenvorschläge der Schweiz, weil diese die Kohäsion der EG gefährden könnten. Wir erhalten mit unseren sehr spezifischen Anliegen immer weniger die Unterstützung anderer Staaten - schon gar seitens der EFTA-Partner gegenüber der EG - und erwecken damit manchmal den Eindruck (z.B. in der Frage der Landwirtschaft) eines reichen Staates, der keine Konzessionen machen möchte.

Konkreter Vorschlag für unsere Vertretung in internationalen Organisationen: Die Schweiz soll sich - z.B. mit grosszügigeren Bedingungen der Beurlaubung - dafür einsetzen, dass mehr Schweizer in internationalen Organisationen vertreten sind.

2. Neutralität

(Die Stellungnahmen brachten verschiedene Standpunkt zum Ausdruck):

- Die innenpolitische Bedeutung der Neutralität verlangt eine grosse Vorsicht bei jeder Reinterpretation. Die Neutralität ist ein wichtiges Identitätsmerkmal der Schweiz im Ausland. Das Neutralitätsstatut darf nicht angetastet werden. Es ist unteilbar, kann deshalb auch nicht unterschiedlich auf Europa und den Rest der Welt zur Anwendung kommen. Das Argument einer friedlichen Umgebung als veränderte Voraussetzung für die Neutralität lässt sich mit dem Hinweis auf den Wiener Kongress entkräften, der zu Beginn einer längeren Friedensperiode in Europa die Neutralität zum ersten Mal völkerrechtlich verankert hat.

- Die Neutralität ist zu enttabuisieren, sie ist im Ausland nicht sehr beliebt. Die Neutralität ist in ihrer Bedeutung stets durch die politischen Bedingungen im Umfeld der Schweiz geprägt. Diese Bedingungen haben sich radikal geändert. Das mittelfristige Ziel eines EG-Beitritts verlangt, die Neutralitätspolitik zu überdenken. Dafür wäre ein Uebergang von einer permanenten zu einer operativen Neutralitätspolitik notwendig. In jedem Fall darf aber der Entscheid über die Neutralität und ihre Bedeutung nicht dem Ausland überlassen werden (Oesterreich überlässt die Frage der Beitrittskonformität seiner Neutralität der EG). Identitätsmerkmal der Schweiz in Europa ist immer weniger ihre Neutralität und immer mehr ihr plurikultureller Charakter.

Vorschlag einer Konferenz der Neutralen und der ehemaligen osteuropäischen Satellitenstaaten: An der kommenden KSZE-Konferenz im November sollte im Hinblick auf die Gipfelkonferenz von 1992 die Idee einer Konferenz all jener Staaten lanciert werden, die in der Diskussion über die gesamteuropäische Architektur insofern ähnliche Interessen vertreten, als sie zwischen der Sowjetunion einerseits und der EG und NATO andererseits stehen.

Vorschlag der Beteiligung der Schweiz an den CSMB-Verhandlungen in Wien: Diese Konferenz kann angesichts der Zerfallerscheinungen der WAPA und der neuen Bedeutung auch kleinerer nationaler Armeen nicht mehr ausschliesslich zwischen den Militärblöcken erfolgen. Damit rechtfertigt sich eine Beteiligung der Schweiz und der anderen Neutralen.

3. Haltung gegenüber der EG:

- Die Schweiz hat lange die politische Bedeutung der EG unterschätzt.
- Die Schweiz soll die zunehmend selbständige Rolle der EG in internationalen Organisationen, insbesondere im Europarat, begrüßen. Selbst ein Beitritt der EG zum Europarat ist zu unterstützen.

- 14 -

- Das Szenario des EG-Beitritts ist zu entwickeln und zu diskutieren.
- Eine Reihe von Botschaftern haben sich für den EG-Beitritt ausgesprochen, sei es als Resultat der zu erwartenden Entwicklung oder als Ziel der Aussenpolitik.

4. Pentagonale:

Die Möglichkeit einer Beteiligung der Schweiz an der Pentagonale bleibt offen, zur Zeit ist es aber nicht opportun, uns unsererseits um eine Teilnahme zu bemühen. Der Missbrauch der Zusammenkünfte zu innenpolitischen Zwecken lässt Zweifel am politischen Gehalt der Treffen aufkommen.

5. Personelles / Organisatorisches

Auf Zustimmung stösst der Vorschlag, das Konsularnetz in Ostmitteleuropa und der Sowjetunion zu erweitern und die diplomatischen Vertretungen personell zu verstärken.

6. Bedeutung des Föderalismus

Unsere Bereitschaft, dem Interesse zum schweizerischen Föderalismus entgegenzukommen, gilt es inskünftig noch vermehrt zu unterstreichen.

7. Studentenaustausch

Wir sollten uns dafür einsetzen, dass die schweizerischen Universitäten die Möglichkeit schaffen in grösserem Umfang als bisher Studentenaustausche durchzuführen.

an. 726.0

DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

T E L E F A X

(Fiche d'accompagnement)

an
an

Destinataire: Mme Neso	No. Téléfax: (Dest.) 31.79
	Nombre de pages, fiche comprise: 15
Réf.+Initiales: MAP/HIC	Classification:
Expéditeur: P. Maurer Pol. Sekretariat	No. Téléfax: (Exp.) 31.78
Remarques:	
<p>Date: 1.10.90 Heure: 14 25</p> <p>Signature: i. A. A. Kisch</p>	